

3. Motion gemäss § 75 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Karin Bétrisey, Daniel Eugster, Josef Gemperle, Christina Pagnoncini, Christine Steiger Eggli und Elisabeth Rickenbach vom 2. Dezember 2020 "Bildung einer ständigen Kommission Klima, Energie und Umwelt" (20/MO 6/86)

Fortsetzung Diskussion

Vietze, FDP: Ich spreche in Ergänzung zum Fraktionsvotum von Daniel Eugster. Grundsätzlich begrüsst die FDP-Fraktion die Bildung der sogenannten ständigen Kommission Klima, Energie und Umwelt. "Grundsätzlich" deshalb, weil wir eigentlich ein differenzierteres System anregen möchten, nämlich eines mit einer "Sunset-Möglichkeit". Wie es Fraktionskollege Daniel Eugster bereits angesprochen hat, regt die FDP-Fraktion an, zusätzlich zu den ständigen Kommissionen mit Aufsichtscharakter und zusätzlich zu den Spezialkommissionen insbesondere für Gesetzesänderungen eine neue Kommissions-typologie "Fachkommission" einzuführen. Eine solche Fachkommission soll dann gebildet werden können, wenn übergeordnete wichtige politische Themen mit einem klaren Auftrag bestehen, so beispielsweise mit der "Energiestrategie 2050". Die neu eingesetzten Fachkommissionen sollen dabei einer "Sunset-Klausel" unterstehen und während höchstens zwei Legislaturperioden aktiv sein. Danach müsste über ihr Weiterbestehen neu debattiert werden. Damit würde die politische Legitimation alle acht Jahre bestätigt und ein stetes Aufblähen verhindert. Die Kommission Klima, Energie und Umwelt würde gut in die neue Typologie passen. Entsprechend bitten wir die Kommission, die die generelle Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GOGR) vorbereitet, die Überlegungen zu zeitlich begrenzten Fachkommissionen in der Anpassung der GOGR zu berücksichtigen.

Bétrisey, GP: Die Klimakrise ist da. Die Energieversorgung mit erneuerbaren Energien ist im Kanton Thurgau ungenügend. Unsere Umwelt ist bedroht, das Artensterben ist Tatsache. Das erfordert Massnahmen und das Engagement von uns allen. Jetzt gibt es eine Gelegenheit, einen wichtigen Meilenstein zu erreichen. Die Voten der Fraktions-sprecher waren sehr erfreulich, und es sieht gut aus. Ich bedanke mich auch im Namen meiner Mitmotionärinnen und Mitmotionäre ganz herzlich für die Stimme der Ratsmitglie-der. Ihr Beitrag ist wichtig und möglicherweise entscheidend für den Erfolg der Motion. Wir sollten für Klima, Energie und Umwelt und für die nächsten Generationen ein Zei-chen setzen.

Vogel, GP: Am 14. April 2022 hat das Bundesamt für Umwelt das neuste Treibhausgas-inventar beim Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen eingereicht. Das Ergebnis war enttäuschend. Fast alle Sektoren er-reichten ihre Ziele für das Jahr 2020 nicht. Und dies trotz eines warmen Winters und ei-

nes starken Rückgangs der Mobilität infolge der Pandemie. Dabei waren die Ziele für das Jahr 2020 vergleichsweise wenig ambitioniert. Die Herausforderungen in der Zukunft sind gross. Die Schweiz hat sich mit dem Übereinkommen von Paris verpflichtet, ihren Anteil beizutragen, die Klimakrise einzudämmen. Gemäss dem Übereinkommen soll dies mit dem Grundsatz der Gerechtigkeit und den gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angesichts der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten geschehen. Die Möglichkeiten und die Chancen der Schweiz sind riesig. Unsere finanziellen und technischen Möglichkeiten erlauben es, wesentlich rascher zu reagieren als andere Länder. Gleichzeitig ist unsere historische Verantwortung gross. Die Industrienationen haben in den vergangenen Jahrzehnten den Grossteil der Treibhausgasemissionen ausgemacht. Auch im Thurgau müssen wir unser Möglichstes tun und unsere Verantwortung in dieser Krise wahrnehmen. Hier ist die Politik besonders gefordert. Wir müssen strategische Entscheide fällen: Was soll gefördert werden? Welches klimaschädliche Verhalten soll unter Umständen eingeschränkt werden? Dies sind heute nicht nur sachliche und Entscheide einer Fachkommission, sondern politische Entscheide. In Zukunft werden wir noch viele solche Entscheide treffen müssen, und wir sind gefordert, mehrheitsfähige Lösungen zu präsentieren. Entscheide in unserer Demokratie brauchen ihre Zeit. Wir können aber unser Möglichstes tun und unsere Werkzeuge auf die Herausforderungen ausrichten. Ich bin davon überzeugt, dass hier eine ständige Kommission Klima, Energie und Umwelt die politische Arbeit verbessert und es uns erlaubt, die nötigen Entscheide schneller zu treffen, die zu guten Lösungen für Klima, Energie und Umwelt führen. Ich bitte den Grossen Rat, die Motion erheblich zu erklären.

Gemperle, Die Mitte/EVP: "Was lange währt, wird endlich gut." So könnte man die Bemühungen um eine Anpassung unseres Kommissionssystems bestens umschreiben. Vor ungefähr zehn Jahren habe ich hier im Rat beantragt, eine Auslegeordnung über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Systeme bei der Kommissionsarbeit zu erstellen und darüber zu berichten. Das Büro des Grossen Rates hatte den Vorstoss damals rasch und in aller Kürze beantwortet und mit einer rein juristischen Begründung eine parlamentarische Diskussion darüber verunmöglicht. Dieses Mal hat das Büro genaue fundierte Abklärungen gemacht und mit einer umfassenden Auslegeordnung das geliefert, was damals schon gefordert wurde. Ich bedanke mich beim Büro sehr herzlich für die sehr gute Grundlagenarbeit, die nun hoffentlich eine gezielte Verbesserung und Aktualisierung unserer parlamentarischen Arbeit ermöglichen wird. Natürlich freut es mich besonders, dass das Büro beantragt, die Motion erheblich zu erklären. Ich freue mich auch, dass man den skizzierten Weg einschlagen will. Dies entspricht genau unseren Vorstellungen, wie man den Themen Klima, Energie und Umwelt in unserem Parlament den nötigen Stellenwert geben kann. Das ist auch aufgrund der neusten Entwicklungen dringender denn je. An der letzten Sitzung wurden Aussagen gemacht, auf die ich als Mitmotionär in aller Sachlichkeit eingehen will: Es wurde gefragt, ob Bildung, Gesundheit, So-

ziales, Sicherheit und Rahmenbedingungen keine wichtigen Themen seien. Natürlich sind die Themen wichtig. Es hat im Grossen Rat und auch im Regierungsrat sicherlich genügend Fachwissen, damit die Themen gezielt bearbeitet werden können. Es geht nicht darum, einzelne Themen gegeneinander auszuspielen. Es reicht aber nicht, für Klima, Energie und Umwelt einfach Verständnis zu haben. Es geht um Sein oder Nichtsein für uns Menschen, aber beispielsweise auch für die Wirtschaft. Es geht vor allem um Versorgungssicherheit bei den Nahrungsmitteln und bei der Energie. Gerade die Versorgungssicherheit ist akut gefährdet. Dies bedroht Mensch und Wirtschaft. Insbesondere ohne Energie und ohne Strom läuft auf dieser Welt nichts mehr in unserem Alltag. Die Verfügbarkeit von Energie ist auch in der Wirtschaft zum zentralen Thema geworden. Weiter wurde an der letzten Sitzung gesagt, dass man dezidiert der Meinung sei, dass der Kanton Thurgau seine Aufgaben zu den Themen Klima, Energie und Umwelt problemlos ohne neue Kommission erfüllen könne. Diesen Optimismus kann ich nicht teilen. Zwar gebe ich Recht, dass die Schaffung einer ständigen Kommission allein nicht genügt, um die Herausforderungen zu meistern. Ich möchte aber betonen, dass alleine die Herausforderungen zur Sicherstellung der Thurgauer Energieversorgung in den nächsten Jahrzehnten riesengross, eine echte Herausforderung für uns alle und nur gemeinsam zu bewältigen sind: Den wegfallenden Anteil der Kernenergie am Strommix ersetzen, gleichzeitig den Anteil der fossilen Energieträger reduzieren und längerfristig eliminieren, sichere Versorgung unserer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, mit Energie und insbesondere mit Strom. Wie kann man hier behaupten, dass der Kanton Thurgau das problemlos meistern könne? Das frage ich mich in aller Ernsthaftigkeit. In der Kornkammer Europas herrscht Krieg. Die Äcker können nicht bestellt werden, Atomkraftwerke werden bombardiert und besetzt und unsere Abhängigkeit von Öl und Gas aus dieser Region lassen die Preise an den Energiemärkten explodieren. Wie kann man in dieser Situation ernsthaft behaupten, dass der Thurgau diese Herausforderungen problemlos meistern könne? Ich möchte nochmals betonen: Wir müssen die drängenden Herausforderungen im Bereich Klima, Energie und Umwelt annehmen und handeln. Um Versorgungssicherheit und die Ziele der Energie- und Klimapolitik zu erreichen, kann es sich der Kanton Thurgau nicht leisten, lediglich auf einen Weg oder eine Technologie zu fokussieren. Es braucht die Ausschöpfung sämtlicher Effizienzpotenziale und die Nutzung sämtlicher Technologien, insbesondere zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern. Wir müssen gemeinsam, über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinaus und zusammen mit dem Regierungsrat, anpacken und miteinander Projekte umsetzen oder die Umsetzung für unsere engagierte Bevölkerung ermöglichen. Es ist mir wichtig, zu betonen, dass es der Krieg in der Kornkammer Europas in aller Deutlichkeit aufzeigt: Die Versorgung der wachsenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ist alles andere als gesichert. Das Thema der Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln ist zentral und gehört auf die Traktandenliste, gerade in dieser Kommission. Ich danke für die Unterstützung herzlich.

Lüscher, Vertreter des Büros: Im Namen des Büros danke ich für die mehrheitlich positive Aufnahme unserer Beantwortung und die Komplimente für unsere Arbeit. Die Motion für eine Kommission Klima, Energie und Umwelt (KEU) hat bereits an der Sitzung vom 14. Dezember 2020 eine erste Diskussion im Büro ausgelöst. Grund dafür waren unter anderem die elf Vorstösse, die seit August 2018 bezüglich Änderungen der Geschäftsordnung des Grossen Rates beim Büro eingegangen waren. Die aktuell diskutierte Motion vom 2. Dezember 2020 für die Bildung einer Kommission KEU als ständige Kommission war nach der Motion "Erweiterung der Raumplanungskommission mit Umwelt, Verkehr und Energie zur RUVEK" vom 28. August 2019 bereits der zweite Vorstoss zum Thema des Kommissionssystems innerhalb von 16 Monaten. Vor diesem Hintergrund beschloss das Büro, sich anlässlich einer ausserordentlichen Sitzung am 10. März 2021 vertieft den Themen, wie hängige Motionen an das Büro, allgemeine Pendenzen zur GOGR seit der letzten Teilrevision 2015/2016 sowie dem immer wieder thematisierten Kommissionssystem zu widmen. Ziffer 5 unserer Beantwortung gibt dazu einen guten Überblick. Dank der Offenheit des Büros gegenüber neuen gesellschaftlichen und thematischen Herausforderungen, wie die Klimaveränderung und aktuell die Energiedebatte, die auch vor unserem Rat nicht haltmachen, konnte eine breit angelegte Diskussion in den Fraktionen zu unserem seit Jahrzehnten eigentlich gut funktionierenden Kommissionssystem ausgelöst werden. Ob die Diskussion tatsächlich zu dem von der "Thurgauer Zeitung" am 14. März 2022 gesetzten Titel "Klimawandel im Grossen Rat" führen wird, bestimmt der Grosse Rat in einem ersten Schritt, indem er die Motion heute erheblich erklärt. Wenn der Rat den Antrag des Büros unterstützt, wird die Umsetzung der Motion in die bereits gestartete Revision unserer Geschäftsordnung einfließen. Wie im zweiten Abschnitt des Fazits auf Seite 13 der Beantwortung zu lesen ist, ist das Büro einstimmig dafür, die Regelungen zum Kommissionssystem moderat anzupassen. Das Büro hält aber ausdrücklich fest, dass das heute bewährte System im Grundsatz beibehalten werden soll. So wird beispielsweise der kantonale Richtplan als Ganzes weiterhin von der Raumplanungskommission behandelt. Das heisst, dass nebst den bisherigen drei Aufsichtskommissionen, der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission, der Justizkommission und der Gesetzgebungs- und Redaktionskommission, insbesondere für Gesetzesvorlagen jeweils Spezialkommissionen gebildet werden. Für Berichte, Anträge oder wie aktuell für die Pandemie die Spezialkommission "Massnahmen im Zusammenhang mit COVID-19" werden in der GOGR die Voraussetzungen geschaffen, dass bei überaus wichtigen, zentralen und länger dauernden Themen, wie die kantonale Umsetzung der "Energiestrategie 2050", ständige Kommissionen eingesetzt werden können. Zur zeitlichen Umsetzung: Mit der Bildung einer Fachkommission hat das Büro aufgrund einiger wichtiger Pendenzen bereits die Teilrevision der GOGR aufgegleist. In einem Jahr wird unserem Rat eine entsprechende Botschaft unterbreitet. Gemäss § 47 unserer Geschäftsordnung muss bei einer erheblich erklärten Motion innerhalb von zwei Jahren Bericht und Antrag gestellt werden. Daher macht es Sinn, dass die Umsetzung der Motion

zur Kommission KEU gleichzeitig mit der Teilrevision geschieht, da diese erheblichen Einfluss auf das aktuelle Kommissionssystem hat. Für das Büro ist es zudem viel effizienter, wenn nicht zwei Revisionen der GOGR parallel geführt werden müssen. Ausserdem muss in zwei Jahren ohnehin über alles entschieden sein, damit an der Wahlsitzung im Mai 2024 auch die entsprechenden Kommissionsmitglieder gewählt werden können. Eine Replik zum Votum von Kantonsrat Stephan Tobler: Wie wir wissen, ist Ratskollege Stephan Tobler Präsident der Raumplanungskommission. Somit hat er den Vorsitz einer ständigen Kommission, die aber nicht mit den drei ständigen Aufsichtskommissionen gleichzusetzen ist. Vielmehr präsidiert er eine raumplanerische Fachkommission und somit eigentlich genau das, was wir jetzt mit unserem Vorschlag für eine moderate Weiterentwicklung des Kommissionssystems bezwecken. Ratskollege Stephan Tobler und seine Fraktion äussern grosse Bedenken bezüglich der Bildung einer Kommission KEU. Sie wollen keine Begleitkommission oder, wie sie es ausdrücken, kein "Soundingboard". Weiter wird befürchtet, dass eine Kommission KEU zu mehr Personal führe, beispielsweise beim Amt für Umwelt, das nach ihrer Ansicht wesentlich zum Personalwachstum in der kantonalen Verwaltung beigetragen habe und mit der Kommission KEU noch weiterwachsen werde. Zudem würde eine Kommission KEU zusätzliche Themenbereiche beschlagen. Ebenfalls wird argumentiert, dass ein Ja zur Kommission KEU weitere ständige Kommissionen provoziere. Aufgrund dieser Bedenken müsste eigentlich beantragt werden, dass die Raumplanungskommission als ständige Kommission aus der GGOR gestrichen wird, damit alle zwei Jahre eine Spezialkommission "Kantonaler Richtplan" eingesetzt werden könnte. So viel zum erwähnten "Salto rückwärts" des Büros. Im Rahmen der Diskussion um eine RUVEK vor knapp zwei Jahren habe ich im Namen des Büros erklärt, dass wir das Motionsanliegen durchaus anerkennen und die Themen Klima, Energie und Umwelt wichtige Herausforderungen für die Politik bedeuten. Nur den Weg dazu haben wir uns damals anders vorgestellt. Vor diesem Hintergrund und den Darlegungen in unserer Beantwortung bitte ich den Grossen Rat im Namen des Büros, unserem Antrag zuzustimmen und damit eine moderate Weiterentwicklung des Kommissionssystems zu ermöglichen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Die Motion wird mit 72:46 Stimmen erheblich erklärt.

Präsidentin: Das Geschäft geht an das Büro zur Ausarbeitung der Botschaft an den Grossen Rat.